Abbau von Freiheitsrechten – Der Rechtsstaat in Gefahr

Von Justizminister Herbert Mertin, Mainz

Was ist uns die Freiheit heute noch wert? Diese Frage stellt sich – besonders angesichts des neu zu wählenden Bundestages – mit großer Verve. In den politisch schwierigen Zeiten der Weimarer Republik war es *Theodor Heuss*, der eindringlich daran erinnerte, dass ein demokratischer Staat freiheitlich ausgerichtet sein müsse. Anderenfalls würden Initiative, Selbstvertrauen und Selbstverantwortung gelähmt. 1929 hoffte *Heuss*, "*dass es irgendwann einmal so weit kommen würde, dass nicht bloß das gesicherte und versicherte, sondern das wagende Leben, die eigene Verantwortung, den Charakter einer Generation bestimmen werde.*" Doch seine Hoffnung trog zunächst. Das nationalsozialistische Terrorregime und der Zweite Weltkrieg zerstörten Deutschland. Die Nachkriegsgeneration musste erhebliche Wagnisse eingehen, doch erarbeitete sie auf diese Weise das deutsche Wirtschaftswunder und richtete die politische Ordnung mit dem Grundgesetz liberal, rechtsstaatlich und demokratisch aus.

Wie sieht es heute in Deutschland aus?

Unsere Verfassung ruht noch immer auf dem Fundament der Selbstverantwortung in Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Wir leben eingebettet in die Europäische Union und sind Teil einer modernen westlichen Welt, in der es uns vergleichsweise gut geht. Es kann aber angesichts prekärer Sozial- und Wirtschaftsprognosen nur schlechter werden, denkt laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach die Mehrheit der Deutschen. Diese Angst vor Verschlechterung lähmt unser Land. Die Politik steht in der Pflicht, dagegen anzugehen. Das oft auch unangenehme Geschäft der Veränderung muss ernsthaft vorangetrieben werden. Dies betrifft alle Bereiche der Politik und bedeutet eine nicht zu unterschätzende Hypothek, die eine neu gewählte Bundesregierung übernehmen muss.

Besonders stark betroffen ist neben der Wirtschafts- und Finanzpolitik das weite Feld der Sicherheitspolitik. Unsere Erinnerung an die Terroranschläge in New York, Djerba, Bali, Istanbul, Madrid und London ist immer noch lebendig. Die Gräueltaten des Terrorismus haben auch in Deutschland als Teil der angegriffenen westlichen Welt eine tiefe Verunsicherung hervorgerufen. Als Justizminister nehme ich die Angst vor Terrorismus sehr ernst. Dem Terror muss bereits in seinen Anfängen entschlossen begegnet werden. Unbedingt notwendig ist aber auch – vor allem mit Blick nach Berlin – eine aufrichtige Auseinandersetzung damit, wie dies in der Tradition eines liberalen Rechtsstaats und nicht in der Rolle eines überwachenden Sicherheitsstaates geschehen kann. Der Terror zielt auf westliche Errungenschaften, vor allem auf den liberalen Rechtsstaat. Der fand lange Zeit Mittel und Wege, eine Balance zwischen der gewünschten Sicherheit und der für die Menschen notwendigen Freiheit herzustellen.

Die rot-grüne Bundesregierung reagierte nach den Terroranschlägen indes sofort mit Anti-Terror- und Sicherheitspaketen sowie Kompetenzerweiterungen der Sicherheitsbehörden. Noch im Juni 2005 unterbreitete Bundesinnenminister *Schily* auf der Innenministerkonferenz seinen Länderkollegen den Vorschlag einer gemeinsamen Antiterror-Datendatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten. Durch eine solche Datei würden die rechtlich an sich strikt getrennten Sicherheitsdienste, namentlich der Verfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst und das Bundeskriminalamt, informationstechnisch miteinander verbunden. Weitere Vorschläge des Bundesinnenministers gingen dahin, die bisherigen – befristeten – Antiterrorgesetze um mindestens fünf Jahre zu verlängern und außerdem Auskunftsverfah-